

269

Verteilt bei einer Versammlung
des DGB-Gewerkschaftsjugend- am
7.12.67 im Gewerkschaftsgebäude.

KOLLEGINNEN und KOLLEGEN !

Bur.

In der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stehen sich zwei Klassen feindlich gegenüber, Kapitalisten und Arbeiter. Das heißt: Nur wenn die Profite hoch sind, zahlt der Unternehmer höhere Löhne, weil er anders keine Leute bekommt. Fallen die Profite, werden die Löhne gekürzt, denn: Im Kapitalismus zählen nur die Profite, der Arbeiter zählt nichts.

Die Unternehmer wollten uns weismachen, daß sie mit den Arbeitern an einem Strick ziehen. Arbeiter und Unternehmer ziehen in der Tat an einem Strick, aber in zwei verschiedenen Richtungen.

Anfang der sechziger Jahre war es mit dem wachsenden Wohlstand der Arbeiter in der Bundesrepublik plötzlich vorbei. Der Grund: Die wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkt drückte die Unternehmergewinne. Die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft wurde gestoppt, ein größeres Warenangebot hätte die Preise heruntergedrückt, die Profite wären weiter gefallen, die Unternehmer hätten weniger verdient. Das durfte nicht sein!

Der Stillstand der wirtschaftlichen Entwicklung führte zu leeren Kassen in Bonn. Eine Regierung der Unternehmer, die von Ehrhard, mußte ihren politischen Bankrott anmelden. Anstatt das wirtschaftliche und politische Versagen des kapitalistischen Systems mit allen Mitteln bloßzulegen und eindeutig die Interessen ihrer Wähler aus der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, trat die SPD in die Regierung der Unternehmer ein. Sie half tatkräftig mit, den Bankrott dieses Systems und die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern zu verwischen.

DOCH DAMIT NICHT GENUG!

Die "Regierung der großen Koalition" machte sich an die Arbeit. Die Unternehmer und ihre Hausdiener, die Sozialdemokraten, versuchten, die Krise auf Kosten der Arbeiter zu überwinden. Da die Unternehmer nicht mehr investierten, wurden die Arbeiter entlassen. Februar 1967 : 534 000 Arbeitslose, Juni 1967 : 145 000 Kurzarbeiter. Die "konzertierte Aktion" zwingt die Gewerkschaften zum Stillhalten. - Im März 1967 rief Minister Schiller Unternehmer und Gewerkschaften zu Gesprächen an den runden Tisch. Ergebnis: Den Unternehmern wurden Profite von 23 % garantiert. Die Preise sollten um 2 % steigen. Die Löhne der Arbeiter sollten um 1,2% angehoben werden. -

Das war den Unternehmern nicht genug. Dem Lohnstopp folgte der Abbau der übertariflichen Leistungen. Das Realeinkommen der Arbeiter sinkt. Unter Hinweis auf die unsicheren Arbeitsplätze werden die Arbeiter zu höheren Leistungen angetrieben. Aus Angst vor Entlassungen gehen kranke Arbeiter in die Fabriken und ruinieren ihre Gesundheit. Zur gleichen Zeit erhalten die Unternehmer runde 8 1/2 Milliarden Investitionshilfe zu niedrigsten Zinsen. Zu alledem gibt die SPD ihren Segen!

DOCH DAMIT NICHT GENUG!

Die Unternehmer weigern sich weiterhin, diese Gelder zu investieren. Sie wollen mehr. Durch politischen Zwang wollen sie für die Zukunft verhindern, daß die Arbeiter für ihre eigenen Interessen eintreten können. Die lange geplanten Notstandsgesetze sollen mit Hilfe der Sozialdemokraten jetzt verabschiedet werden.

Das bedeutet für die nächste Krise :

Verbot des Streikrechts,

Arbeitszwang,

Dienstverpflichtung für Arbeiter.

Die Arbeiterklasse soll als politische Kraft ausgeschaltet werden.

verantwortlich: SDS, Gruppe Frankfurt.

Aber nicht nur die Arbeiterklasse, die ganze Gesellschaft soll an die Kette des Kapitals gelegt werden. "Formierte Gesellschaft" heißt nichts anderes als totale staatliche Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens. Jegliche Opposition soll ausgeschaltet werden.

Bei dem Streik in Hanau forderte die Direktion der Dunlop-Werke Polizeieinsatz gegen streikende Arbeiter. Der Oberbürgermeister weigerte sich, die Polizei einzusetzen. Darauf Direktor Schneider von Dunlop:

"Wenn ein Notstand ausbricht, dann versagt in Hessen die Demokratie!"

Eure Kollegen in Hanau haben begriffen warum es den Unternehmern und ihrer Regierung geht. Ausspruch eines streikenden Gummiarbeiters:

"Wenn wir uns heute nicht wehren, drehen die uns morgen den Hals ab."

Wir Studenten spüren die Notstandsmaßnahmen schon heute am eigenen Leib. Auch wir sollen mundtot gemacht werden. Die geplante Studienreform kann nur als "Notstandsgesetz für die Universität" bezeichnet werden. Unser Studium soll in Zukunft einer totalen Kontrolle durch die Bürokratie unterworfen werden. Jeder Student soll ein Fachstudium betreiben, das es ihm ermöglicht, den Unternehmern möglichst bald zu Diensten zu stehen. Jede politische Arbeit, jede Opposition, jede Kritik soll ausgeschaltet werden. Kritik ist Gift für das System. Die Universität soll zu einer "Fabrik für Fachidioten" gemacht werden. Wer sich nicht an die Bestimmungen hält, wird die Uni verlassen müssen.

Auch wir Studenten haben begriffen!

Unser Kampf richtet sich gegen die totale Formierung und Militarisierung der Gesellschaft zugunsten des Kapitals. Wir kämpfen gegen Notstandsgesetze und staatliche Kontrolle der Universitäten, gegen Einschränkung der Lernfreiheit und politische Zensur.

Die Herrschenden reagieren empfindlich!

Unsere Demonstrationen werden niedergeknüppelt. Benno Ohnesorg wurde ermordet. Sein Mörder wurde durch die politische Justiz freigesprochen. Fritz Teufel soll einen Stein geworfen haben, er saß Monate im Untersuchungsfängnis.

Die Presse verfälscht unsere Aktionen durch einseitige Berichterstattung.

Wir werden als "Faschisten" diffamiert, gerade weil wir gegen den Faschismus kämpfen, den uns die Unternehmer, die Große Koalition und das Parlament durch die Notstandsgesetze beschern. Die Arbeiterschaft wird von der Springerpresse gegen die Studenten aufgehetzt. Glaubt ihren Lügen nicht. Die politisch verantwortungsbewußten Studenten und die Arbeiter haben gleiche Interessen.

Wir kämpfen gemeinsam gegen Unternehmer, Notstandsgesetze und totale Militarisierung der Gesellschaft. Weil wir kämpfen, werden wir verfolgt. Gegen den SD3 laufen weit über 500 Straf- und Ermittlungsverfahren wegen politischer Delikte. Politisch aktive Arbeiter verlieren ihre Arbeitsplätze.

Die Sozialdemokraten geben dazu ihren Segen.

Wir dürfen nicht länger stillhalten!

Gemeinsam mit der Arbeiterklasse kämpfen wir gegen das kapitalistische System. Wir haben von ihm nichts anderes zu erwarten als:

gesteigerte Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Notstandsgesetze und Faschismus, Rüstung und Krieg.

Organisieren wir den Widerstand!

ARBEITER UND STUDENTEN GEMEINSAM NACH BONN!

Sozialdemokraten! R A U S A U S D E R G R O S S E N K O A L I T I O N

Gewerkschaften! R A U S A U S D E R K O N Z E R T I E R T E N A K T I O N